

18.23

Abgeordneter Mag. Gerald Loacker (NEOS): Frau Präsidentin! Kollegin Neßler hat behauptet, es handle sich bei dieser Freistellung der Schwangeren um ein Recht der Betroffenen.

Ich berichtige tatsächlich: Tatsächlich handelt es sich um ein Beschäftigungsverbot, weil in § 3a Mutterschutzgesetz steht, sie „dürfen [...] nicht beschäftigt werden.“ – Das ist also kein Recht der Betroffenen, sondern ein absolutes Beschäftigungsverbot.

(Beifall bei den NEOS.)

18.24

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bettina Zopf. – Bitte.